



IN A NUTSHELL

Elmar Brok

Gibt es noch eine gemeinsame westliche Strategie?

November 2021

Nach dem Kabul-Desaster hat das neue Militärbündnis der USA, Großbritanniens und Australiens (AUKUS) und der damit verbundene U-Boot-Deal die Uneinigkeit des Westens, das Fehlen einer einheitlichen Strategie vor allem gegenüber China, erneut deutlich gemacht.

Die USA verlangen von der Europäischen Union eine Unterstützung ihrer China-Politik, verweigern aber aus internen Gründen die Zurücknahme der Sanktionen gegen die EU. Sie nutzen die neue Allianz sogar für Vereinbarungen gegen ein EU-Mitgliedsland. Diese Politik der USA gegenüber China und in Afghanistan sieht nach Panik einer Supermacht im Niedergang aus. Das amerikanische Jahrhundert ist zu Ende und damit auch die prägende Kraft des Westens in Politik, Sicherheit und Wirtschaft sowie der Werte und Grundrechte der Charta der UNO. Es müssen aus dem Desaster von Kabul, aber auch aus den Erfahrungen mit Bagdad, Damaskus und Beirut, glaubwürdige und schnelle Konsequenzen gezogen und eine gemeinsame China-Strategie entwickelt werden. Wenn das nicht gelingen sollte, hätte Osama Bin Laden umfassender gesiegt, als er es sich erträumt hat.

Wir Europäer*innen liegen näher an dem Desaster der westlichen Politik in Afrika und Asien. Wir werden die Lasten, wie erneut steigende Flüchtlingszahlen und Instabilität, zu tragen haben. Denn wir Europäer*innen müssen begreifen, dass wir unser Schicksal stärker in die eigene Hand nehmen und zügig eine eigenständige, handlungsfähige EU-Außen- und Verteidigungspolitik verwirklichen müssen. Die strategische Autonomie ist angesichts der Politik der letzten vier US-Präsidenten dringend geboten, sonst werden die europäischen Kleinstaaten im chinesischen Zeitalter landen. Auch Berlin muss nach diesen Niederlagen verstehen, dass das alleinige Setzen auf Washington angesichts der eigenen Schwächen nicht zielführend ist. Wir sollten

ehrlich sein und nicht wie im vergangenen Wahlkampf arrogant und borniert so tun, als sei Deutschland eine einsame Insel.

Gleichzeitig wäre es jetzt falsch, auf eine Äquidistanz zu den USA, China und Russland zu setzen. Die beiden letzteren sind aggressive Diktaturen, die im Gegensatz zu unseren Zielen und Werten stehen. Die USA und die Nato, deren Glaubwürdigkeit jetzt dramatisch leidet, sind nach wie vor unverzichtbar für die kollektive Sicherheit Europas. Gleichzeitig müssen die USA verstehen, dass sie nur durch die Akzeptanz der EU als gleichberechtigter Partner verhindern können, dass sie nach diesem Desaster in einem schleichenden Prozess ihre Führungsrolle in der Welt verlieren.

Dazu gehört es, dass Europa bei der Festlegung des Anfangs und des Endes militärischer Aktionen sowie bei der Definition von Einsatzzielen ein wirkliches Mitspracherecht erhält. Im Irak und in Afghanistan war das nicht gegeben. In Afghanistan und Libyen, aber letztlich auch im Kunststaat Irak, handelt es sich um historisch tribalistische Länder, die sich schwache Monarchien als Klammer hielten. Ein zentraler, demokratischer Nationalstaat nach westlichem Muster kann nicht im Rahmen einer falsch angelegten militärischen Strafaktion wegen des 11. Septembers durchgesetzt werden. Auch das gut Gemeinte wirkt dann arrogant.

Bush Senior hatte die Fähigkeit zur Stärke und zur Selbstbegrenzung. Im ersten Irakkrieg hatte er eine starke internationale Militärmacht in Ruhe aufgebaut, hatte ein begrenztes Ziel, die Befreiung Kuwaits definiert, und den Krieg nach dem Erreichen des Ziels nach drei Tagen beendet.

Die EU und der Westen insgesamt müssen auch wegen der unklaren Situation Pakistans sowie wegen der Nachbarn China und Iran die

Beziehungen zu Indien politisch und wirtschaftlich ausbauen. Das Tempo der EU-Verhandlungen mit Indien über einen Handelsvertrag muss erhöht werden. Die EU-Kommission muss verstärkt die Handelspolitik als Teil einer gesamtpolitischen Strategie begreifen. Deshalb wäre es auch sinnvoll, wenn die Handelspolitik wieder in den Kommissionscluster für auswärtige Fragen integriert würde.

China ist mit den Taliban schon im Gespräch und zwar nicht nur zur Absicherung ihrer Uiguren-Politik.

Nicht nur der zu erwartende Flüchtlingsansturm macht es notwendig, die Beziehungen zur Türkei auszubauen. Das heißt nicht, die innenpolitischen Entwicklungen gutzuheißen. Im Gegenteil. Die geografische Lage der Türkei vor Augen, sollte diese an die EU und Nato gebunden bleiben. Auch ihr potentieller Einfluss in die turksprachigen Völker, die früher zur Sowjetunion gehörten, könnte eine konstruktive und stabilisierende Bedeutung haben.

Die Strategien der EU gegenüber China und – jetzt neu vorgestellt – für den indo-pazifischen Raum bedürfen eines besseren Instrumentenkastens, einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA im pazifischen Raum und in Europa. Dafür muss Präsident Biden willens und in der Lage sein, die EU als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren. Im Bereich der Handels- und Wirtschaftspolitik sowie der Soft Power ist – bei Betrachtung aller Fakten – eine gemeinsame Chinastrategie, die auch eine chinesische Kooperation etwa in der Klimapolitik einschließen muss, unverzichtbar.

Die Europäer*innen müssen aber auch die Kraft haben, ihre „strategische Autonomie“ einschließlich ihrer eigenständigen militärischen Fähigkeiten zu entwickeln und einzubringen. Vor allem sollte Biden zu dem Ziel eines EU/US-Handelsvertrages – gut für beide Seiten selbst und in der Auseinandersetzung mit China – zurückkehren und dem von Obama ausgehandelten Transpazifischen Abkommens beitreten, bevor China es tut. Oder werden die USA jetzt einen Vertrag nur mit London aushandeln?

Die neue Bundesregierung trifft auf ein hohes Maß an Neugierde und Erwartung in Europa und der Welt. Zuerst einmal gibt es keinen Anlass zur Beunruhigung. Alle potentiellen Regierungsparteien werden mit Überzeugung eine aktive Europapolitik betreiben und dabei – laut ihres Sondierungsberichts – bei der Definition nationaler Interessen die der EU als Ganzes und die der Mitgliedsstaaten mit einbeziehen. Auch steht die große Mehrheit der Parteien der NATO positiv gegenüber. Es wird jedoch einige Herausforderungen in Bezug auf die gemeinsame Nutzung von Kernwaffen als zentrale Abschreckungsmaßnahme der NATO für Europa, die Art und den Umfang der Beschaffung sowie die Kapazität und den Umfang der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU geben. Es bleibt also viel zu tun.

Über den Autor

Elmar Brok ist Senior Fellow des Aspen Institute Deutschlands. Von 1980 bis 2019 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und unter anderem Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses (1999 - 2007 und 2012 - 2017).



Dieser Text stellt die persönliche Ansicht des Autors dar. Der Autor spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihm assoziierten Institution.

Über diese Reihe

Mit dem pointierten Meinungsformat *In A Nutshell* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten Autor*innen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu kommentieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.